

13.23

Abgeordnete Eva-Maria Himmelbauer, BSc (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eine der zentralen Aufgaben eines Staates ist es, den Schutz des Staatsgebiets sicherzustellen, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger des Heimatlandes vor äußeren und inneren Gefahren zu sichern und zu wahren. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben wir aber auch Teile in die Hände der Gemeinschaft gegeben, um innereuropäisch ein Mehr an Freiheiten zu schaffen. Diese Freiheiten sind unbestritten. Frau Abgeordnete Meinl-Reisinger, keiner von uns hier im Nationalrat, glaube ich, stellt die Grundfreiheiten in Frage oder möchte sie abschaffen. (*Abg. Leichtfried: Na, da wäre ich mir nicht so sicher!*) Ich als junge Person in der Politik, die diese Freiheiten selbst auch immer wieder genießen durfte, stehe zu 100 Prozent dahinter. Es ist etwas Schützenswertes, auf das wir innerhalb der Europäischen Union auch stolz sein können.

Kollege Schellhorn hat zuvor die Bundesregierung und ihren europäischen Kurs ange- sprochen. Gerade diese Bundesregierung hat sich zu einem klaren europäischen Kurs verpflichtet und das nicht nur im Regierungsprogramm verankert, sondern sie zeigt das durch ihr tagtägliches Handeln und Wirken, gerade jetzt im Halbjahr der europäischen Ratspräsidentschaft (*Abg. Loacker: Sie glauben, was Sie da erzählen?*) – ja, ich glaube das absolut –, jetzt insbesondere, aber auch darüber hinaus! (*Zwischenruf des Abg. Scherak.*) Das werden wir natürlich auch in den kommenden vor uns liegenden Jahren immer wieder nach vorne tragen.

Gerade in diesem halben Jahr der Ratspräsidentschaft ist es uns aber wichtiger denn je. Wir haben diese Ratspräsidentschaft unter das Motto „Ein Europa, das schützt“ gestellt (*Abg. Meinl-Reisinger: Ja, leider!*), weil wir wissen, dass wir grundlegende Fragen und Aufgaben der Europäischen Union weiter vorantreiben müssen, weiter daran arbeiten müssen. Das betrifft auch die Stabilität in unseren Nachbarländern, das betrifft die Sicherung des Wohlstands und auch die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, und es betrifft auch die Sicherheit und den Kampf gegen illegale Migration.

2015 hat uns eine gewisse Ohnmacht aufgezeigt. Wir haben Schwächen gesehen, wenn es um die Sicherheit der Gemeinschaft und insbesondere auch um den Außen- grenzschutz geht. Wir wollen nicht, dass sich diese Situation wiederholt. Gerade des- wegen ist Österreich, allen voran Bundeskanzler Kurz und die gesamte Bundes-

regierung, nicht müde geworden, diese Probleme aufzuzeigen, gleichzeitig aber auch an Lösungen zu arbeiten – im Sinne einer gemeinsamen europäischen Lösung.

Österreich hat aktiv die Zusammenarbeit gefördert, mit Ungarn, mit Slowenien, der Slowakei, aber auch mit Serbien. Wir haben Wissen ausgetauscht und auch personelle Ressourcen für den Grenzschutz zur Verfügung gestellt. Das Schengener Informationssystem wurde in der Zwischenzeit weiter ausgebaut, um auch entsprechend genutzt zu werden. Es gibt laufend Gespräche mit Drittländern, vor allem mit den nordafrikanischen Staaten, und man sieht auch, dass das Früchte trägt, vor allem beispielsweise in der Zusammenarbeit mit Ägypten.

Eine weitere Errungenschaft ist, dass Frontex weiterentwickelt wird, dass es finanziell und personell von 600 auf 10 000 Einsatzkräfte aufgestockt wird. Wir wissen, dass das nicht von heute auf morgen geht, aber es ist trotzdem auch ein Erfolg gerade des Salzburger Gipfels.

Wir sind noch nicht am Ende des Weges angekommen, immer noch kommen täglich Menschen an unseren Grenzen, an den Grenzen Europas an, und sie versuchen natürlich auch weiterzureisen. Auch Schlepper verdienen mit der Hoffnung und mit dem Leid dieser Menschen immer noch sehr viel Geld. Auch der Terror stellt eine ernsthafte Bedrohung innerhalb Europas dar. Es wäre grob fahrlässig, sehenden Auges nichts zu tun. Dieser Meinung – und das kann ich nur wiederholen – sind nicht nur wir, sondern genauso auch andere Länder wie Deutschland, Frankreich, Dänemark, Schweden und Norwegen.

Ja, die Verlängerung der Grenzkontrollen hat Auswirkungen auf bereits so selbstverständlich gewordene Grundfreiheiten und natürlich auch auf die Wirtschaft. Aber gerade als Politiker müssen wir selbst auch immer abwägen – Güter abwägen –, worauf wir einen Fokus setzen müssen. Was wären die Alternativen, solange kein effektiver Außengrenzschutz garantiert werden kann? Den Frieden und die Sicherheit der Europäischen Union, der EU-Bürger oder der Österreicherinnen und Österreicher werden wir sicher nicht aufs Spiel setzen. Dazu muss ich ein klares Nein aussprechen. Wir müssen halt in der Zwischenzeit selbst die Verantwortung für unsere Grenzen übernehmen. (*Präsidentin Kitzmüller übernimmt den Vorsitz.*)

Sie schreiben auch, und das ist heute schon oft zitiert worden: „Mit Europa spielt man nicht“. Das kann ich nur unterschreiben. Es darf das Erfolgsprojekt EU aber genauso wenig aufs Spiel gesetzt werden. Wir müssen uns den Herausforderungen stellen. Als Europapartei ist es daher für uns eine Selbstverständlichkeit, an Europa weiterzu-

arbeiten und dieses Projekt für die Bürgerinnen und Bürger in eine gute Zukunft zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

13.28

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Leichtfried. – Bitte, Herr Abgeordneter.